

DStV-Stellungnahme E 1/25

EU-Binnenmarktstrategie 2025

I. Allgemein

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) begrüßt im Grundsatz die geplante Erarbeitung einer horizontaler Binnenmarktstrategie. Diese kann zu einer Vereinfachung von Regelungen für Unternehmen und damit zu einem besseren Austausch von Waren und Dienstleistungen beitragen. Insbesondere kann sie zudem Rechtsklarheit stärken und einen einfacheren und schnelleren Informationsaustausch zwischen Unternehmen und den Verwaltungen der Mitgliedstaaten fördern. Schließlich kann sie eine notwendige Diversifizierung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren anstoßen.

1. Subsidiaritäts- und Ziellandprinzip berücksichtigen

Als supranationaler Zusammenschluss souveräner Staaten, ist die Europäische Union ein einzigartiges Projekt für Frieden, Wohlstand und Freiheit.

Eine wesentliche Säule zum Erhalt von Frieden, Wohlstand und Freiheit bildet dabei der Europäische Binnenmarkt. Die Zuständigkeiten und damit die Grenzen des Binnenmarktes liegen zugleich im supranationalen Wesen der Europäischen Union und sind in den Verträgen festgelegt.

Unter dem Gesichtspunkt dieser Grenzen sind auch die politischen Leitlinien hin zu einer Vollendung des EU-Binnenmarkts zu sehen, wie sie im Kontext dieser Aufforderung zur Stellungnahme wiedergegeben sind. Schließlich könnte der Binnenmarkt nur dann vollendet werden, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf eigene Kompetenzen verzichten würden. Ein solches Szenario ist im Hinblick gerade auf das Wiedererstarken nationaler Kräfte in den Mitgliedstaaten utopisch.

- Jede Reform des EU-Binnenmarkts muss stattdessen die bestehenden Zuständigkeiten und das daraus entwickelte Subsidiaritätsprinzip berücksichtigen.
- Jeden weiteren Versuch der Einführung des Herkunftslandprinzips bei der Erbringung von Dienstleistungen, lehnt der DStV zudem entschieden ab.

Die Kommissionspräsidentin bezeichnete den Binnenmarkt in ihrer Rede vor dem EU-Parlament am 22.1.2025 als „unseren sicheren Hafen in rauer See“. Diese gefühlte

Sicherheit für die Unionsbürger sollte die EU-Kommission auch in ihrer Binnenmarktstrategie vermitteln und damit die Akzeptanz des Binnenmarkts erhöhen.

- ✓ Jede Reform des Binnenmarkts muss das Subsidiaritätsprinzip und das Ziellandprinzip beachten.

2. KMU in den Mittelpunkt der Binnenmarktstrategie rücken

Der DStV begrüßt, dass den Bedürfnissen von KMU in der Binnenmarktstrategie besonders Rechnung getragen werden soll. Dies muss bedeuten, dass ein Abbau von Hindernissen und etwaige Marktöffnungen mit Augenmaß betrieben werden, damit die Vielzahl von KMU nicht durch kapitalstarke Großunternehmen vom Markt gedrängt und sich keine marktschädliche Konzentration weniger Unternehmen in den unterschiedlichen Sektoren bildet.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass gerade KMU nicht über die personellen Ressourcen verfügen ständig neue Regelungen umzusetzen. Die europäische Wirtschaft war zuletzt einer viel zu dynamischen Gesetzgebung aus Europa und den Mitgliedstaaten ausgesetzt. Die Implementierung und die Änderung von Maßnahmen aufgrund von neuer oder geänderter Bestimmungen binden aber Ressourcen und reduzieren die Innovationsfähigkeit. Daher sollte die ersatzlose Streichung von Bürokratie, insbesondere von Berichtspflichten, im Vordergrund der Reformbemühungen stehen. Rechtsänderungen und Rechtsanpassungen können sich dagegen, obwohl gut gemeint, negativ auf Unternehmen auswirken.

- ✓ KMU dürfen aufgrund von vorschnellen Marktöffnungen zum Vorteil kapitalstarker Konzerne nicht zu Verlierern der Binnenmarktstrategie werden.
- ✓ Insbesondere für KMU ist die ständige Änderung von Gesetzen und die darin genannten Maßnahmen mit einem unverhältnismäßig hohem Ressourcenaufwand verbunden. Daher sollten wirkungsarme Berichtspflichten und andere bürokratischen Aufwendungen ersatzlos gestrichen sowie die Gesetzgebungsmaschinerie der Binnenmarktpolitik insgesamt gedrosselt werden.

II. Hindernisse für den freien Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt und Möglichkeit ihrer Beseitigung

1. Erzielte Erfolge beim Abbau von Hindernissen anerkennen

In dieser Aufforderung zur Stellungnahme wird zum Dienstleistungsbereich ausgeführt, dass „trotz einiger Verbesserungen jedoch rund 60% der Arten von Hindernissen, mit denen Dienstleister vor 20 Jahren konfrontiert waren, noch heute vorhanden sind“.

Damit will die EU-Kommission offensichtlich zum Ausdruck bringen, dass der bisherig erreichte Abbau von Hindernissen im Dienstleistungsbereich nicht den eigenen Erwartungen entspricht.

Tatsächlich bedeutet diese Aussage im Umkehrschluss allerdings auch, dass 40% der Hindernisse im Dienstleistungsbereich bereits abgebaut wurden. Dabei muss insbesondere berücksichtigt werden, dass Hindernisse bei Dienstleistungen nicht im selben Maße abgebaut werden können, wie bei Waren. Aufgrund ihrer Natur sind Dienstleistungen

- meist komplex,
- weniger normierungsfähig und
- nicht beliebig vervielfältigbar

Deshalb stellt ein erreichter Abbau von 40 % der Hindernisse tatsächlich einen Erfolg für die Binnenmarktpolitik der Europäischen Union dar.

Gerade Unternehmen profitieren in hohem Maße vom Binnenmarkt und dass nicht allein aufgrund der freien Grenzen. Gemeinsame Regeln im Gesellschaftsrecht, der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Insolvenz sind wichtige Pfeiler des Binnenmarkts und tragen positiv zum „Standort Europa“ bei. Ein Abbau von Hindernissen bedeutet nicht zwangsläufig die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Nachweislich funktionierende Regularien können ebenfalls den Binnenmarkt stärken und Allgemeininteressen schützen.

2. Arten von Hindernissen unterscheiden

Im EU-Binnenmarkt werden Hindernisse grundsätzlich in zwei Arten unterteilt: Sog. gerechtfertigte und ungerechtfertigte Hindernisse.

Diese Differenzierung wurde durch den europäischen Rechtsrahmen und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) fortentwickelt und trägt zur Rechtssicherheit sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die betroffenen Dienstleistungserbringer bei.

- Ungerechtfertigte Hindernisse bilden sich aus Bestimmungen der Mitgliedstaaten, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen einschränken, ohne, dass hierfür zwingende Gründe des Allgemeininteresses entgegenstehen.
- Sog. gerechtfertigte Hindernisse bezwecken dagegen den Schutz öffentlicher Interessen: der öffentlichen Gesundheit, der öffentlichen Sicherheit, dem Umwelt- oder Verbraucherschutz.

Während ungerechtfertigte Regulierungen zu einer Abschottung einzelner Märkte führen,

dienen sog. gerechtfertigte Regulierungen dem anerkannten Schutz öffentlicher Interessen. Sog. gerechtfertigte Hindernisse sind dagegen keine Hindernisse im eigentlichen Sinn, sondern wichtige Instrumente der Mitgliedstaaten zum Schutz von Allgemeininteressen. Daher sollten sie auch nicht als „Hindernisse“ bezeichnet werden.

In diesem Zusammenhang verweist der **DStV** auf den Letta-Report. Dort (Seite 102) unterstrich Letta die Wichtigkeit der Reglementierung von Berufen für den Erhalt hochwertiger und vertrauenswürdiger Dienstleistungen.

- ✓ Bei der Binnenmarktstrategie fordert der **DStV** sich auf den Abbau ungerechtfertigter Hindernisse zu konzentrieren.
- ✓ Sog. gerechtfertigte Hindernisse sollten künftig dagegen nicht länger als Hindernis bezeichnet werden. Mit der Bezeichnung „Hindernis“ wird zugleich die Notwendigkeit ihres Abbaus assoziiert. Einen Abbau sog. gerechtfertigter Hindernisse lehnt der **DStV** jedoch entschieden ab. Dies würde zu einem unverantwortlichen Abbau des Schutzes von Allgemeininteressen führen.
- ✓ Der Letta-Bericht unterstreicht die Wichtigkeit der Regulierung von Berufen, wenn sie dem Erhalt hochwertiger und vertrauenswürdiger Dienstleistungen dienen.

3. Sektorspezifische Merkmale berücksichtigen

Der Binnenmarkt zeichnet sich durch seine Vielfältigkeit an Dienstleistungen aus. Die Binnenmarktpolitik muss deshalb die Besonderheiten unterschiedlicher Dienstleistungen berücksichtigen.

Im Falle einer Reform des Binnenmarkts für Dienstleistungen muss aufgrund dieser Vielfältigkeit gewährleistet sein, dass der Ansatz „One-Size-Fits-All“ durch einen konsequenten sektorspezifischen Ansatz ersetzt wird. Dies wird auch im Letta-Bericht (S. 110) betont.

Aufgrund berufsrechtlicher Regeln können hochwertige Dienstleistungen mit erheblichen Mehrwerten für die Gesellschaft jenseits marktüblicher Kriterien von Angebot und Nachfrage erbracht werden.

- ✓ Dienstleistungen in Europa sind vielfältig, haben eine unterschiedliche Kultur und dienen unterschiedlichen Zielen. Ein Abbau von Hindernissen, nach dem Gießkannenprinzip kann daher nicht funktionieren. Jegliche Reformen müssten sektorspezifisch ausgerichtet sein und den unterschiedlichen Aufgaben in den Mitgliedstaaten Rechnung tragen.

4. Hochwertige Dienstleistungen identifizieren und kategorisieren

Die EU-Gesetzgeber unterteilen Dienstleistungen grundsätzlich in herkömmliche Dienstleistungen und Dienstleistungen im allgemeinen Interesse, wie im Protokoll Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse des AEUV verankert. Letztere werden in Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, in nicht wirtschaftliche Dienstleistungen und in Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse unterteilt.

Unberücksichtigt bleiben dagegen hochwertige, vertrauenswürdige wirtschaftliche Dienstleistungen, die dem Kunden oder Mandanten geschuldet sind, die aber zugleich einen über das synallagmatische Vertragsverhältnis hinausgehenden Dienst an der Gesellschaft darstellen („Higher Purpose“). Solche Dienstleistungen sollten in Zukunft nicht als herkömmliche Dienstleistungen betrachtet und mit ihnen gleichgestellt werden. Die von Enrico Letta aufgezählten Merkmale in hochwertige und vertrauenswürdige Dienstleistungen sieht der **DStV** als einen guten Vorschlag an.

- ✓ Hochwertige wirtschaftliche Dienstleistungen, die gleichzeitig einen Mehrwert für die Gesellschaft darstellen, dürfen nicht herkömmlichen Dienstleistungen gleichgestellt werden. Für sie müssen in Analogie zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse andere Regeln gelten als für herkömmliche Dienstleistungen.
- ✓ Die im Letta-Bericht genannten Merkmale „hochwertig“ und „vertrauenswürdig“ sollten daher auch vom EU-Gesetzgeber als neue Kategorie übernommen werden.

5. Tatsächlichen Bedarf ermitteln

Bei der Entscheidung über den Abbau konkreter Hindernisse im EU-Binnenmarkt muss vorab eine realistische Bedarfsermittlung durchgeführt werden. Schließlich ist der Abbau eines Hindernisses nur dann sinnvoll, wenn Bürger und Unternehmen durch den Hindernisabbau einen tatsächlichen und nicht allein einen theoretischen Vorteil haben und sie von dem Vorteil auch im ausreichenden Maße Gebrauch machen. Es ist etwa wenig sinnvoll vermeintliche Hindernisse abzubauen, wenn davon nur sehr wenige Bürger profitieren.

Bei den Dienstleistungsberufen etwa muss daher vorab ermittelt werden, ob der Beruf aufgrund seines Wesens zur Harmonisierung geeignet ist und wie viele Berufstätige in diesem Sektor von dieser Harmonisierung tatsächlich und nicht nur vordergründig profitieren würden.

Hierbei darf keinesfalls vernachlässigt werden, welche Auswirkung einer Maßnahme auf den vielfach im Dienstleistungsbereich notwendigen Vertrauensvorschuss aufgrund von erworbenen Fachkenntnissen hat. Indikatoren können auch erforderliche Sprachkenntnisse

und das anzuwendende materielle Recht sein.

- ✓ Jeder Abbau eines Hindernisses muss einen ausreichenden tatsächlichen Mehrwert bieten. Ausschließlich ideologisch veranlasste Maßnahmen, mit einem Nutzen für eine geringe Anzahl an Unternehmen und Bürgern, lehnt der DStV dagegen ab.

6. Reglementierte Berufe richtig gewichten.

In seiner schriftlichen Antwort auf die Fragen des EU-Parlaments führte der damalige designierte und heutige Binnenmarktkommissar Stéphane Séjourné aus, dass „von den über 5.500 reglementierten Berufen in der EU viele nur in einigen wenigen Mitgliedstaaten reglementiert sind, was darauf hindeutet, dass es weniger aufwändige Mittel zum Schutz des öffentlichen Interesses geben könnte.“

Ein solcher Vorschlag mag vor dem Hintergrund der Begeisterung für das neue Amt verständlich gewesen sein.

Eine Unterteilung und damit eine Gewichtung reglementierter Berufe nach der Anzahl von Reglementierungen in den Mitgliedsländern stellt aber ein ungeeignetes Kriterium dar. Der Vorschlag unterschlägt die unterschiedlichen Rechtskulturen und unterschiedlichen Aufgaben und Ziele der Berufe. Eine solche Gleichmacherei unterschiedlicher Berufsausübungen sollte in Zukunft vermieden werden. Vielmehr sollte die Reglementierung weiterhin nach den bewährten Prinzipien erfolgen.

Allein am Beispiel des Skilehrers, der etwa in Zypern oder Malta weniger reguliert ist als in den Alpenländern, zeigt die Nachteile des Vorschlags. Erst bei absolut einheitlichem Rechtsrahmen und Rechtsanwendung bemisst der DStV wäre ein solcher Ansatz erfolgsversprechend.

Dieser hätte auch vor dem EUGH voraussichtlich wenig Aussicht auf Bestand.

- ✓ Der DStV sieht in dem Vorschlag zur Gewichtung von Berufsreglementierungen nach der Anzahl der Regulierungen in den Mitgliedstaaten eine Sackgasse, in die sich der EU-Gesetzgeber nicht begeben sollte. Eine solche Regelung ist ungeeignet, nicht praktikabel und rechtswidrig.

7. Normung im Dienstleistungsbereich erweitern

EU-Normungen im Dienstleistungsbereich können dazu beitragen, dass die tägliche Arbeit von Kanzleien und Kleinen- und Mittleren Unternehmen (KMU), wesentlich erleichtert werden.

Dies könnte etwa durch die Normierung von Anforderungen, Anträgen oder Bescheinigungen bei der Abrechnung von Personalkosten, etwa Reisekosten von Arbeitnehmer*innen oder für grenzüberschreitende Berufspendler*innen erfolgen. Auch im Bereich Liquiditätsbeschaffung und Zugang zu Kapital könnten Normen für grenzüberschreitende Standards von Bescheinigungen und Anträgen, etwa für Bürgschaften oder Kreditanträge, insbesondere für KMU hilfreich sein.

Auch bei der Harmonisierung von Anträgen und Bescheinigungen zur gerichtlichen Prozesskostenhilfe könnten EU-Normungen zu einem besseren Rechtsschutz beitragen. •

- ✓ Die Normung von Dienstleistungen sollte zur weiteren Vereinfachung und zur Standardisierung weiter ausgebaut werden.

8. Potenzial digitaler Entwicklung nutzen

In einigen hochqualifizierten Dienstleistungsberufen könnten Beschränkungen der Berufs- und Niederlassungsfreiheit zukünftig ein wesentlich geringeres Hindernis im Binnenmarkt darstellen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Insbesondere bei Berufen, bei denen die physische Präsenz beim Kunden oder Mandanten nicht oder nicht immer erforderlich ist (Stichwort: Digitale Nomaden), ist der tatsächliche Arbeitsort für die Erbringung der Dienstleistung nicht mehr entscheidend.

Deshalb könnten etwa Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer ihre bisherigen Mandanten auch aus anderen Mitgliedstaaten betreuen, ohne, dass hierfür die berufsrechtlichen Regeln des Arbeitsortes Anwendung finden müssen. Z.B. könnte ein dänischer Steuerberater aufgrund der bestehenden und zu erwartenden digitalen Entwicklungen seine dänischen Mandanten auch aus Spanien betreuen. Eine Prüfung zum spanischen Steuerberater müsste dafür grundsätzlich nicht absolviert werden. Hier sollten die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

- ✓ Unabhängig von der Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen, sollten EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten einen Rechtsrahmen entwickeln, der es Berufstätigen hochwertiger Dienstleistungen auf einfache und rechtssichere Weise ermöglicht, ihre Dienste den Kunden und Mandanten des Mitgliedstaates anzubieten, in dem sie ihre Qualifikation erworben haben, auch wenn sie ihren Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat haben.

9. Steuerrecht vereinfachen

Das unterschiedliche Steuerrecht in den Mitgliedstaaten stellt für Unternehmen ein

Hindernis dar. Aufgrund der gegebenen Zuständigkeiten ist eine grundlegende Harmonisierung des Steuerrechts nicht möglich. Jedoch kann der EU-Gesetzgeber auch im Rahmen seiner Möglichkeiten für wichtige Entlastungen sorgen.

Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie regelt den umsatzsteuerlichen Rahmen in Europa. Für grenzüberschreitend tätige Unternehmen, insbesondere für KMU, sind die Umsatzsteuerbestimmungen aber noch immer aufwendig. Das Potenzial bewährter Maßnahmen, wie das Reverse-Charge-Verfahren bei grenzüberschreitenden Lieferungen werden noch immer nicht in vollem Umfang ausgeschöpft.

Dagegen begrüßt der **DStV** das Vorhaben der EU-Kommission, das EU-Steuerrecht zu entrümpeln und doppelte, unwichtige oder nicht anwendbare Bestimmungen aus dem Regelwerk zu streichen. Zudem hat die EU-Kommission in diesem Zusammenhang angekündigt Bestimmungen daraufhin zu überprüfen, ob sie eine ungerechtfertigte Belastung für Unternehmen darstellen.

✓ Der **DStV** fordert von der EU-Kommission eine mutige und konsequente Umsetzung bei der Entrümpelung des Steuerrechts. Die EU-Kommission muss beim Thema Bürokratieabbau daran gemessen werden, ob sie steuerliche Vereinfachungen und den konsequenten Abbau von wirkungsarmen Berichtspflichten gründlich angeht, oder, ob sie sich stattdessen mit Flickschusterei begnügt.

10. Europäisches Handelsrecht konsequent harmonisieren

Eines der größten Hindernisse für einen einfachen Marktzugang von Unternehmen in andere Mitgliedstaaten, sind unterschiedliche handels- und gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Es ist daher wichtig, die Regelungen konsequent zu harmonisieren. Der Vorschlag für ein 28. Regime eines gemeinsamen Handelsrechts ist in diesem Zusammenhang sicherlich interessant. Allerdings ist fraglich, inwieweit ein solches alternatives Handelsrecht zu einer tatsächlichen Vereinfachung für Unternehmen, Verwaltung und Steuerberater beitragen würde.

Insbesondere die Verwaltung, Rechtsanwälte, Gerichte und Steuerberater müssten sich mit zwei voneinander abweichenden Regelwerken auseinandersetzen, was zu einem unverhältnismäßigen Aufwand führen könnte.

Stattdessen sollte das bestehende handelsrechtliche EU-Regelwerk zusammengeführt und die noch bestehenden Lücken konsequent harmonisiert werden. Eine solche Maßnahme könnte entscheidende Hindernisse für Unternehmen abbauen und insgesamt den positivsten Effekt für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft haben.

Die Umsetzung eines 28. Regimes in Aspekten des Steuerrechts, wie von der EU-Kommission durch Mitteilung vom 29.1.2025 „Ein Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit der EU“ vorgeschlagen, lehnt der DStV dagegen ab.

Eine solche Maßnahme dürfte nicht allein die nationalen Finanzverwaltungen und die Unternehmen mit der Anwendung unterschiedlicher Steuerregeln überfordern, sondern würde auch die Prognosen für Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten erschweren. Hinzu käme ein ungleicher Wettbewerb innerhalb eines Mitgliedstaates und ein steuerrechtlicher Wettbewerb zwischen den nationalen Mitgliedstaaten und dem Europäischen Gesetzgeber zulasten des Sozialstaats („race-to-the-bottom“).

- ✓ Eine der wichtigsten Maßnahmen zum Abbau von Hindernissen wäre die konsequente Harmonisierung des Handels- und Gesellschaftsrechts. Die Umsetzung eines Vorschlags zur Einführung eines 28. Regimes könnte dagegen weitere Hindernisse schaffen.
- ✓ Die Einführung eines 28. Regimes von Aspekten des Steuerrechts lehnt der **DStV** ab.

11. Hochqualifizierte Ausbildung fördern

Wie kaum eine andere Gemeinschaft, fördert die Europäische Union die Bildung ihrer Bürger. Dabei stehen lebenslanges Lernen, die Erhöhung der Qualität und die Effizienz der allgemeinen beruflichen Bildung sowie die Förderung von Kreativität, Innovation und Unternehmergeist im Zentrum der Bildungsziele. Das sind wichtige Vorgaben, weil sie die Bürger dazu ermutigen, eine höchstmögliche berufliche Qualifikation zu erwerben.

Im Widerspruch dazu stünde die Planung von Maßnahmen, die den Abbau von (sog. gerechtfertigten) Hindernissen durch eine voreilige Marktöffnung von Tätigkeiten vorsieht, die bisher einem hochqualifizierten Beruf vorbehalten war. Ein solches Downsizing von Vorbehaltsaufgaben an geringer Qualifizierten, mit den damit verbundenen negativen Konsequenzen für Verbraucher, Kunden und Mandanten, steht im diametralen Gegensatz zu den Bildungszielen der Europäischen Union.

Anstatt des Abbaus von Vorbehaltsaufgaben zu propagieren, muss die Förderung zur Erlangung von zusätzlichen Bildungsabschlüssen im Vordergrund stehen, die umfassende Qualifikationen und damit die Verantwortung für die fehlerfreie Umsetzung komplexer Dienstleistungen vorsieht.

- ✓ Die Förderung der bestmöglichen beruflichen Ausbildung sollte im Fokus der EU-Institutionen stehen. Ein Abbau von Vorbehaltsaufgaben und das damit verbundene

Downsizing komplexer Aufgaben ist mit den Bildungszielen der Europäischen Union nicht vereinbar.

III. Regulatorische und administrative Herausforderungen im Binnenmarkt und mögliche politische Maßnahmen zu ihrer Bewältigung

1. Binnenmarktregeln in dieselbe Richtung ausrichten

Ein Binnenmarkt braucht Regeln, gleich ob regionale, nationale oder europäische: Unabhängig von ihrem Ursprung müssen alle Bestimmungen, die den Binnenmarkt ordnen, die gleichen Zielsetzungen aufweisen: Sie müssen den geringstmöglichen Bürokratieaufwand sowie den technologischen Fortschritt berücksichtigen. Sie müssen zudem transparent, einfach auffindbar sein und verständlich dargestellt werden. Selbstverständlich dürfen sie weder inhaltlich noch in ihrer Darstellung diskriminierend sein.

- ✓ Die unterschiedlichen Binnenmarktregeln sollten unabhängig von ihrem Ursprung denselben Zielen dienen. Diese Ziele sollten von den EU-Institutionen bezüglich Digitalisierung, Auffindbarkeit und Bürokratieabbau modernisiert, zusammengefasst und von allen gesetzgeberischen Institutionen und Verwaltungsbehörden angewendet werden.

2. EU-Richtlinien einheitlicher umsetzen

Die Mitgliedstaaten setzen EU-Gesetzgebung noch immer viel zu unterschiedlich um, was zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand für Unternehmen führt. Zudem entstehen dadurch Rechtslücken, die zum Missbrauch einladen.

- ✓ Grenzüberschreitend tätige Unternehmen werden durch die unterschiedliche Umsetzung von EU-Richtlinien unnötig stark belastet. Die Mitgliedstaaten sollten insbesondere auf das „Gold Plating“ künftig verzichten.

3. Verwaltungsabläufe im Binnenmarkt harmonisieren

Die EU-Institutionen fokussieren sich zumeist auf eine Harmonisierung des inhaltlichen Rechts mit Bezug zum Binnenmarkt. Unternehmen, insbesondere KMU, stoßen aber auf verschiedene Hindernisse, wenn sie Meldungen abgeben oder Anfragen und andere Kommunikation mit Behörden in den Mitgliedstaaten durchführen müssen. Die zuständigen

Stellen sind teilweise nicht leicht aufzufinden, Meldeformulare und Internetportale sind teils völlig unterschiedlich aufgebaut. Dadurch ist der Aufwand für Unternehmen, insbesondere KMU, noch immer unverhältnismäßig groß.

- ✓ **Verwaltungsverfahren, die Auffindung von Informationen, die Abgabe von Meldungen, der Aufbau von Verwaltungsportalen und die Kontaktaufnahme mit Behörden sollten harmonisiert werden.**

4. Verwaltungsabläufe beschleunigen

Für die Teilnahme an grenzüberschreitenden Ausschreibungen oder die fristgerechte Abgabe von Angeboten, benötigen grenzüberschreitend tätige Unternehmen Rechtssicherheit und eine kurze Reaktionszeit der Verwaltungen.

- ✓ **Grenzüberschreitend tätige Unternehmen brauchen Rechtssicherheit und schnelle Verwaltungsentscheidungen. Für grenzüberschreitend tätige Unternehmen, die bereits nachgewiesen haben, dass sie die formalen Anforderungen für die Durchführung eines Auftrags im Ausland einhalten, könnte eine Vorab-Genehmigung erteilt werden.**

5. „Your Europe“ bewerben

Die Webseite von [Your Europe](#) ist bei den Unternehmen zumeist völlig unbekannt. Dabei könnte diese einen guten Ausgangspunkt bilden, um Informationen und Ansprechpartner in den Mitgliedstaaten zu erhalten.

- ✓ **Mit der Homepage „Your Europe“ schöpft die EU-Kommission nicht das Potenzial aus. Der DStV empfiehlt die Webseite für Unternehmen nutzbringend zu bewerben.**

IV. Horizontale Governance des Binnenmarkts und die Durchsetzung seiner Vorschriften sowie mögliche Initiativen zu ihrer Verbesserung

1. Kommunikation zwischen Mitgliedstaaten verbessern

Der Binnenmarkt nützt den Mitgliedstaaten, ihren Bürgern, Unternehmen und Verwaltungen. Bisher war die EU-Kommission aber meist die alleinige Triebfeder für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften. Die Mitgliedstaaten, als Nutznießer des EU-Binnenmarkts, sollten die EU-Kommission dabei künftig stärker unterstützen. Daher sollte ein regelmäßiger Austausch der Mitgliedstaaten und ihre Bestrebungen den

Binnenmarkt zu stärken, auch ohne Antrieb durch die EU-Kommission erfolgen.

Unter der Leitung der jeweiligen Ratspräsidentschaft könnte deshalb auch ein turnusgemäßes Treffen der Mitgliedstaaten zum Austausch von Best-Practices oder von konkreten Problemen ihrer Bürger und Unternehmen im Binnenmarkt erfolgen.

- √ Die Mitgliedstaaten sollten die EU-Kommission bei der Governance und der Durchsetzung von Vorschriften mit Bezug zum Binnenmarkt künftig besser unterstützen. Dies kann durch turnusgemäße Treffen der Mitgliedstaaten zur besseren Durchsetzung von Binnenmarktvorschriften erfolgen.

2. SMET neu beleben

Mit großen Erwartungen war die Single Market Enforcement Taskforce (SMET) gestartet. Noch im Jahr 2021 hat die SMET sechsmal getagt. In den Folgejahren reduzierte sich die [Anzahl der Sitzungen](#) dann allerdings auf vier. Für 2025 sind lediglich noch drei Sitzungen geplant.

Allein die Anzahl an Sitzungen vermittelt das Bild, dass die Anfangseuphorie um SMET inzwischen deutlich abgeflaut ist. Zwar könnte die Reduzierung der Sitzungsanzahl auch darauf zurückzuführen sein, dass die Durchsetzung von Binnenmarktregeln sich in jüngster Vergangenheit entscheidend verbessert hat. Dann bräuchte es aber keiner neuen Binnenmarktstrategie.

Auch die inhaltlichen Kurzanfragen der einzelnen Sitzungen legen die Vermutung nahe, dass dort die Präsentationen der EU-Kommission im Mittelpunkt stehen und zumindest nicht alle Mitglieder aktiv an der Verbesserung der Durchsetzung von Binnenmarktregeln arbeiten.

- √ Die SMET sollte die EU-Kommission mit Ideen und Vorschlägen für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktregeln besser unterstützen. Sie sollte zur treibenden Kraft für die Durchsetzung werden. Informationen und Präsentationen der EU-Kommission können dagegen bereits im Vorfeld eines Meetings an die Mitglieder der SMET übersandt werden.

3. Kenntnisse der Verhältnismäßigkeitsprüfungen vermitteln

Es ist wichtig, dass die Verhältnismäßigkeitsprüfungen nationaler Regelungen sorgfältig angewendet werden, damit sie zu keinen ungerechtfertigten Hindernissen im Binnenmarkt führen.

Nach der Einschätzung des **DStV** liegen Verstöße gegen die

Verhältnismäßigkeitsvorschriften oftmals gar nicht in der Absicht des jeweiligen Gesetzgebers, sondern werden aus Unkenntnis bzw. aus mangelndem Bewusstsein über die Verhältnismäßigkeitsanforderungen festgelegt. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn eine fortlaufende Schulung von Mitarbeitern der gesetzgebenden Organe in der Sache erfolgen könnte.

Diese Aufgabe kann die EU-Kommission allerdings nicht allein stemmen. Hierzu könnten deshalb Multiplikatoren in den Mitgliedstaaten gewonnen und ausgebildet werden, die diese Aufgabe übernehmen. („Train the Trainer.“)

- ✓ Der DStV empfiehlt, dass die Ausbildung und damit die Kenntnis über Verfahren und Erforderlichkeit der Verhältnismäßigkeitsprüfung in den Mitgliedstaaten verbessert wird. Dies würde zu einer Sensibilisierung führen und etwaig bestehende Mängel reduzieren. Dazu könnten entsprechende Multiplikatoren in den Mitgliedstaaten ausgebildet werden.
- ✓ Eine Ausschöpfung solcher Möglichkeiten innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens erscheint sinnvoller als der Ruf nach strengeren Regeln im Rahmen eines Single Market Barriers Prevention Acts.

4. Streitbeilegung bei Einleitung Vertragsverletzungsverfahren

Mit der Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten und vor Klageerhebung vor dem EUGH, sollte die Einführung eines alternativen Streitbeilegungsmechanismus eingeführt werden. Eine solche Maßnahme könnte nicht allein den EUGH spürbar entlasten, sie könnte zudem zu einer partnerschaftlichen und gemeinsamen Konfliktregelung der Mitgliedstaaten untereinander führen. Eine solche konsensbasierte Streitbeilegung würde die Gemeinschaft stärken und ihre Außendarstellung verbessern.

- ✓ Unstimmigkeiten unter den Mitgliedstaaten oder zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission sollten künftig weniger vor dem EUGH ausgetragen werden. Der DStV empfiehlt daher die Einführung eines alternativen Streitbeilegungsmechanismus.

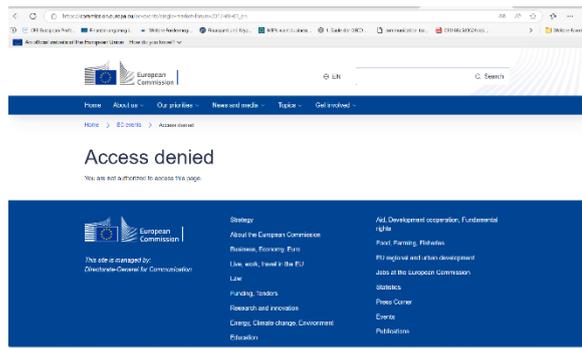
5. Homepage der EU-Kommission überarbeiten

Die Homepage der EU-Kommission zu „[Governance und Monitoring of the Single Market](#)“.

Die meisten Links funktionieren nicht. (vgl. Abbildung)



Oder sie sind der Öffentlichkeit aus unerfindlichen Gründen nicht zugänglich. (vgl. Abbildung)



Die Außendarstellung der EU-Kommission erschwert der Öffentlichkeit sich hinlänglich zu informieren.

✓ Der DStV empfiehlt die grundlegende Überarbeitung der Homepage [Governance und Monitoring of the Single Market](#).

Stand: 27.01.2025

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

Statement of the DStV E 1/25

EU Single Market Strategy 2025

I. General remarks

In principle, the Deutscher Steuerberaterverband e.V. (DStV) welcomes the development of a horizontal Single Market Strategy. This initiative can simplify regulations for companies and thus facilitate a better exchange of goods and services. In particular, it can improve legal clarity and promote a simpler and faster exchange of information between companies and the administrations of the Member States. Finally, it can stimulate the necessary diversification of different service sectors.

1. Respect the subsidiarity and destination country principle

As a supranational union of sovereign states, the European Union is a unique project for peace, prosperity and freedom.

The European single market is an essential pillar for maintaining peace, prosperity and freedom. The competencies and therefore the limits of the single market are also part of the supranational nature of the European Union and are laid down in the treaties.

The policy guidelines for completing the EU's single market, as set out in this call for evidence, should also be seen in the light of these limits. After all, the single market could only be completed if the Member States of the European Union gave up their own competencies. Such a scenario is utopian, especially because of the resurgence of national powers in the Member States.

- Instead, any reform of the EU's single market must take account of existing competencies and the subsidiarity principle that has developed from them.
- The DStV rejects any further attempt to introduce the country-of-origin principle for the provision of services.

In her speech to the European Parliament on 22 January, the Commission President described the single market as "our safe harbour in rough seas". The EU Commission should convey this sense of security to EU citizens in its Single Market Strategy, thereby increasing the single market's acceptance.

- ✓ Any reform of the single market must respect the subsidiarity and destination country principle

2. Focus on SME in the Single Market Strategy

The DStV welcomes the fact that the needs of SMEs are to be given special consideration in the Single Market Strategy. This must mean that the removal of barriers and possible market openings are carried out with a sense of proportion, so that the large number of SMEs are not squeezed out of the market by large, well-financed companies, and so that there is no market-damaging concentration of a few companies in the various sectors.

It is also important to bear in mind that SMEs in particular do not have the human resources to constantly implement new regulations. The European economy has recently been exposed to far too dynamic legislation from Europe and the Member States. However, the implementation and modification of measures due to new or amended regulations ties up resources and reduces the ability to innovate. For this reason, reform efforts should focus on eliminating unnecessary red tape, especially reporting requirements. On the other hand, changes and adjustments to legislation, even if well-intentioned, can have a negative impact on businesses.

- ✓ SMEs must not become the losers of the Single Market Strategy through premature market opening.
- ✓ For SMEs in particular, the constant amendment of legislation and the measures contained therein involves a disproportionate amount of resources. Non-effective reporting requirements and other bureaucratic burdens should therefore be eliminated without replacement and the legislative machinery of single market policy as a whole curtailed.

II. Barriers to the free movement of services in the single market

1. Recognising achievements in removing barriers

The call for evidence states that "despite some improvements, around 60% of the types of barriers faced by service providers 20 years ago still exist today".

The Commission is clearly saying that the removal of barriers in the services sector has not lived up to its own expectations.

On the other hand, this statement also means that 40% of barriers in the services sector have already been removed. In particular, it should be borne in mind that barriers in the services sector cannot be removed to the same extent as in the goods sector. By their very nature, services are:

- More complex
- less amenable to standardisation, and
- not easily replicable

A 40 per cent reduction in barriers is therefore a real success for the European Union's single market policy.

Businesses, in particular, benefit greatly from the single market, and not just because of the free movement of people. Common rules on company law, public procurement and insolvency are important pillars of the single market and make a positive contribution to Europe as a place to do business. Removing barriers does not necessarily mean agreeing on the lowest common denominator. Rules that are proven to work can also strengthen the single market and protect the general interest.

2. Differentiate between types of barriers

In the EU single market, barriers are generally divided into two types: So-called justified and unjustified barriers.

This distinction has been developed by the European legal framework and the case law of the European Court of Justice (ECJ) and contributes to legal certainty both for Member States and for the service providers concerned.

- Unjustified barriers arise from provisions of Member States which restrict the free movement of goods, services, capital and persons without there being overriding reasons in the general interest to the contrary.
- So-called justified barriers aim to protect public interests: public health, public safety, the environment or consumer protection.

While unjustified rules lead to the partitioning of the single market, so-called justified rules serve the recognised protection of public interests.

So-called justified barriers, on the other hand, are not barriers in the strict sense of the term but are important instruments used by Member States to protect general interests. They should therefore not be described as "barriers".

In this context, the DStV refers to the Letta Report. There (page 102), Letta emphasises the importance of regulating professions to maintain high quality and trustworthy services.

- ✓ Concerning the Single Market Strategy, the DStV is calling for a focus on the removal of unjustified barriers.
- ✓ So-called justified barriers, on the other hand, should no longer be labelled as barriers in future. The term "barrier" is also associated with the need to remove them. However, the DStV firmly rejects the removal of so-called justified barriers. This would lead to an irresponsible reduction in the protection of general interests.
- ✓ The Letta report emphasises the importance of regulating professions if they serve to maintain high-quality and trustworthy services.

3. Consider sector specifics

The single market is characterised by the diversity of services. Single market policy must therefore take account of the specificities of different services.

In the event of a reform of the single market for services, this diversity must ensure that the 'one-size-fits-all' approach is replaced by a consistent sector-specific approach. This is also stressed in the Letta report (p. 110).

Professional regulation makes it possible to provide high-quality services with significant added value for society, beyond the usual market criteria of supply and demand.

- ✓ Services in Europe are diverse, have different cultures and serve different purposes. A one-size-fits-all approach to removing barriers will therefore not work. Any reforms would have to be sector-specific and take account of the different roles in Member States.

4. Identify and categorise high-quality services

The EU legislator generally divides services into traditional services and services of general interest, as set out in Protocol No 26 on services of general interest to the TFEU. The latter are subdivided into services of general economic interest, non-economic services and social services of general interest.

However, high-quality, trustworthy commercial services, which are owed to the customer or client but at the same time represent a service for the company that goes beyond the synallagmatic contractual relationship ("higher purpose"), are not taken into account. In future, such services should not be regarded as conventional services and should be treated as such. The DStV considers the characteristics of high-quality and trustworthy services listed by Enrico Letta to be a good proposal.

- ✓ High-quality economic services, which also represent added value for society, must not be treated in the same way as traditional services. By analogy with services of general economic interest, they must be subject to different rules than traditional services.
- ✓ The characteristics of "high quality" and "trustworthy" mentioned in the Letta report should therefore also be adopted by the EU legislator as a new category.

5. Identify current needs

Decisions on the removal of specific barriers in the EU's single market must be preceded by a realistic needs assessment. Removing a barrier only makes sense if citizens and businesses have a real, not just a theoretical, benefit from the removal of the barrier, and if they take sufficient advantage of it. For example, there is little point in removing perceived barriers if very few citizens benefit from them.

In the case of service professions, for example, it is therefore necessary to determine beforehand whether the nature of the profession makes it suitable for harmonisation and how many professionals in the sector would benefit from harmonisation, not just superficially.

In this context, the impact of a measure of trust, which is often necessary in the service sector because of the expertise acquired, must not be neglected. Indicators could also be the language skills required and the substantive law applicable.

- ✓ Any removal of a barrier must offer sufficient real added value. On the other hand, the **DStV** rejects measures that are purely ideological and benefit only a small number of companies and citizens.

6. Correctly prioritise regulated professions

In his written reply to questions from the EU Parliament, then Commissioner-designate and now Single Market Commissioner Stéphane Séjourné said that "of the more than

5,500 regulated professions in the EU, many are regulated in only a few Member States, suggesting that there may be less burdensome means of protecting the public interest".

Such a suggestion may have been understandable given the enthusiasm for the new office.

However, subdividing and thus weighting regulated professions according to the number of regulations in the Member States is an inappropriate criterion. The proposal ignores the different legal cultures and the different tasks and objectives of the professions. Such a levelling of different professions should be avoided in the future. Instead, regulation should continue to be based on tried and tested principles.

The example of ski instructors, who are less regulated in Cyprus or Malta than in the Alpine countries, shows the disadvantages of the proposal. The DStV believes that such an approach would only be successful if the legal framework and the application of the law were absolutely standardised.

This would also have little chance of being upheld by the ECJ.

- ✓ The DStV sees the proposal to weight professional regulations according to the number of regulations in the member states as a dead end. Such a regulation is inappropriate, impracticable and illegal.

7. Expanding standardisation in the service sector

EU standardisation in the services sector can make the daily work of tax firms and small and medium-sized enterprises (SMEs) much easier.

This could be achieved, for example, by standardising requirements, applications or certificates for the settlement of personnel costs, such as travel expenses for employees or cross-border commuters. Standards for cross-border certificates and applications, such as for guarantees or loan applications, could also help in the area of liquidity and access to capital, especially for SMEs.

EU standards could also contribute to better legal protection by harmonising legal aid applications and certificates.

- ✓ The standardisation of services should be further developed for further simplification and standardisation.

8. Utilising the potential of digital development

In some highly skilled service professions, restrictions on the freedom to provide services and the freedom of establishment may be much less of an obstacle to the single market in the future than they have been in the past. Particularly in professions where the physical presence of the client is not or not always necessary (keyword: digital nomads), the actual place of work is no longer decisive for the provision of the service.

For example, tax advisors or accountants could serve their existing clients from other Member States without having to apply the professional rules of the place of work. For example, a Danish tax adviser could serve his Danish clients from Spain due to existing and expected digital developments. It would not be necessary to pass a Spanish tax advisor exam. The necessary legal framework should be created.

- √ Independently of the Directive on the recognition of professional qualifications, the EU institutions and Member States should develop a legal framework that allows professionals who provide high-quality services to offer their services in a simple and legally secure way to customers and clients in the Member State in which they obtained their qualifications, even if they are established in another Member State.

9. Simplify tax law

Differences between Member States' tax laws are a barrier to business. A fundamental harmonisation of tax laws is not possible due to the existing competencies. However, the EU legislator can provide important relief within the limits of its powers.

The VAT Directive regulates the VAT framework in Europe. However, the VAT rules remain complex for businesses operating across borders, especially SMEs. The potential of proven measures, such as the reverse charge mechanism for cross-border supplies, is still not fully exploited.

On the other hand, the DStV welcomes the EU Commission's plan to streamline EU tax legislation and remove duplicative, irrelevant or inapplicable provisions from the regulations. In this context, the Commission has also announced that it will review provisions to determine whether they impose an unjustified burden on businesses.

- ✓ The **DStV** calls on the EU Commission to be bold and consistent in its efforts to streamline tax law. When it comes to reducing bureaucracy, the EU Commission must be judged on whether it tackles tax simplification and the consistent reduction of ineffective reporting obligations or whether it is content with a patchwork.

10. Consistent harmonisation of European commercial law

One of the biggest obstacles to easy market access for companies in other Member States is the diversity of commercial and company law rules. It is therefore important to harmonise these rules consistently. The proposal for a 28th regime of common commercial law is certainly interesting in this context. However, it is questionable to what extent such an alternative commercial law would contribute to real simplification for companies, administrations and tax advisors.

In particular, administrations, lawyers, courts and tax advisors would have to deal with two different sets of rules, which could lead to disproportionate burdens.

Instead, the existing body of EU commercial law should be brought together, and the remaining gaps consistently harmonised. Such a measure could remove important barriers for companies and have the most positive overall effect on the competitiveness of the European economy.

However, the DStV rejects the introduction of a 28th regime in aspects of tax law, as proposed by the EU Commission in its Communication of 29 January 2025 "A compass for EU competitiveness".

Such a measure would not only overburden national tax administrations and companies with the application of different tax rules but would also make it more difficult for Member States to forecast tax revenues. It would also lead to uneven competition within a Member State and to tax competition between Member States and the European legislator at the expense of the welfare state ("race to the bottom").

- ✓ One of the most important measures for removing barriers would be the consistent harmonisation of commercial and company law. However, the implementation of a proposal to introduce a 28th regime could create further barriers.
- ✓ The **DStV** rejects the introduction of a 28th regime for aspects of tax law.

11. Promoting high quality education

The European Union does more than almost any other community to promote the education of its citizens. Lifelong learning, improving the quality and efficiency of education and training, and promoting creativity, innovation and entrepreneurship are at

the heart of its educational objectives. These are important objectives because they encourage citizens to achieve the highest possible level of professional qualifications.

This would be in contradiction with the planning of measures that provide for the removal of (so-called justified) barriers through a premature market liberalisation of activities that were previously reserved for a highly qualified profession. Such a reduction of reserved tasks to less qualified people, with the associated negative consequences for consumers, customers and clients, is diametrically opposed to the educational objectives of the European Union.

Instead of propagating the reduction of reserved tasks, the focus must be on promoting the acquisition of additional educational qualifications that provide comprehensive qualifications and thus responsibility for the flawless implementation of complex services.

- √ The EU institutions should focus on promoting the best possible vocational training. A reduction of reserved tasks and the associated reduction of complex tasks is not compatible with the educational objectives of the European Union.

III. Regulatory and administrative challenges in the single market and possible policy responses

1. Align single market rules in the same direction

A single market needs rules, be they regional, national or European: whatever their origin, all rules that organise the single market must have the same objectives: They must minimise bureaucracy and take account of technological progress. They must also be transparent, easy to find and easy to understand. And, of course, they must be non-discriminatory in content and presentation.

- √ The various single market rules should serve the same objectives, regardless of their origin. These objectives should be modernised by the EU institutions in terms of digitisation, searchability and reduction of bureaucracy, and should be consolidated and applied by all legislative and administrative bodies.

2. Implement EU directives in a more standardised way

The member states still implement EU legislation far too differently, which leads to a disproportionately high burden for companies. This also creates legal loopholes that invite abuse.

- √ Businesses operating across borders are unnecessarily burdened by differences in the implementation of EU directives. In particular, Member States should refrain from gold-plating.

3. Harmonising administrative procedures in the single market

The EU institutions mostly focus on harmonising substantive law concerning the single market. However, companies, especially SMEs, encounter various barriers when they have to submit reports or carry out enquiries and other communication with authorities in the Member States. The competent bodies are sometimes difficult to find, and reporting forms and internet portals are sometimes organised in completely different ways. As a result, the effort for companies, especially SMEs, is still disproportionately high.

- √ Administrative procedures, finding information, submitting reports, setting up administrative portals and contacting authorities should be harmonised.

4. Speed up administrative processes

To participate in cross-border tenders or submit bids on time, companies operating across borders need legal certainty and a quick response time from the authorities.

- √ Cross-border businesses need legal certainty and fast administrative decisions. Prior authorisation could be granted to cross-border businesses that have already demonstrated that they meet the formal requirements to perform a contract abroad.

5. Advertise "Your Europe"

The [Your Europe](#) website is usually completely unknown to companies. However, it could be a good starting point for obtaining information and contacts in the member states.

- √ The EU Commission is not realising the full potential of the "Your Europe" website. The **DStV** recommends promoting the website in a beneficial way for companies.

IV. Horizontal governance of the single market and enforcement of its rules and possible initiatives to improve it

1. Improve communication between member states

The single market benefits Member States, their citizens, businesses and administrations. But until now, the EU Commission has usually been the sole driver for better enforcement of single market rules. The Member States, as beneficiaries of the EU's single market, should support the Commission more in the future. Therefore, a regular exchange between Member States and their efforts to strengthen the single market should take place without the impetus of the EU Commission.

Under the auspices of the respective Council presidency, a regular meeting of Member States could take place to exchange best practices or concrete problems faced by their citizens and companies in the single market.

- √ Member States should better support the European Commission in the governance and enforcement of rules related to the single market in the future. This can be achieved through regular meetings of the Member States to improve the enforcement of single market regulations.

2. Revitalise SMET

The Single Market Enforcement Taskforce (SMET) was launched with great expectations. The SMET met six times in 2021. In the following years, the number of meetings was reduced to four. Only three meetings are scheduled for 2025.

The number of meetings alone suggests that the initial euphoria surrounding SMET has now significantly diminished. The reduction in the number of meetings may suggest that the enforcement of internal market rules has improved significantly in the recent past. But then there would be no need for a new strategy.

The brief descriptions of the content of each meeting also suggest that the focus is on presentations by the EU Commission and that at least not all members are actively involved in improving the enforcement of single market rules.

- √ The SMET should better support the EU Commission with ideas and proposals for better enforcement of single market rules. It should become a driving force for enforcement. Information and presentations from the EU Commission can be sent to SMET members in advance of a meeting.

3. Transfer of knowledge on proportionality tests

The proportionality tests of national rules must be carefully applied so that they do not lead to unjustified barriers in the single market.

In DStV's view, breaches of the proportionality rules are often not the intention of the legislator but result from ignorance or lack of awareness of the proportionality requirements. For this reason, it would be useful if the staff of the legislative bodies could receive ongoing training in this area.

However, the EU Commission cannot take on this task alone. Multipliers in the Member States could therefore be recruited and trained to take on this task. ("Train the trainer").

- √ The DStV recommends that training and thus knowledge of the procedures and the necessity of the proportionality test be improved in the Member States. This would raise awareness and reduce existing deficits. To this end, appropriate multipliers could be trained in the Member States.
- √ Making use of such possibilities within the existing legal framework seems to make more sense than calling for stricter rules in the context of a law on the prevention of single market barriers.

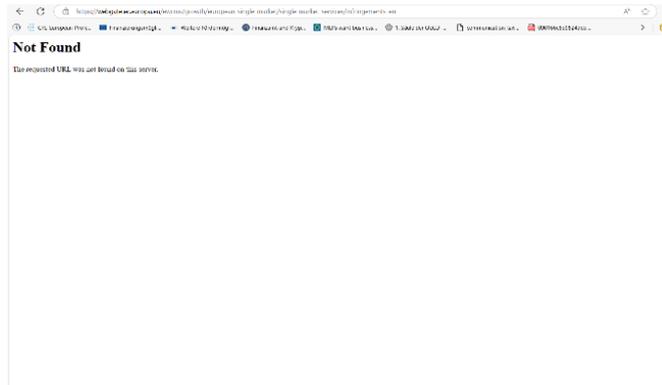
4. Dispute resolution in the event of infringement proceedings

The introduction of an alternative dispute resolution mechanism should be introduced at the same time as infringement proceedings are launched against Member States and before an action is brought before the ECJ. Such a measure could not only significantly reduce the workload of the ECJ, but also lead to a partnership-based and common resolution of disputes between Member States. Such consensus-based dispute resolution would strengthen the Union and improve its external image.

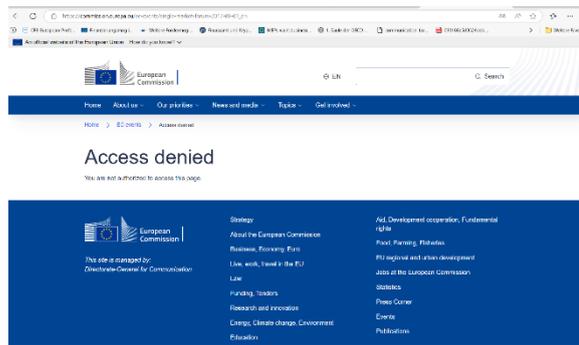
- ✓ Disputes between Member States or between Member States and the EU Commission should in future be settled less frequently before the ECJ. The DStV therefore recommends the introduction of an alternative dispute resolution mechanism.

5. Overhaul of the EU Commission's website

The homepage of the EU Commission on "[Governance and Monitoring of the Single Market](#)". Most of the links do not work. (see illustration)



Or they are not accessible to the public for unknown reasons. (see illustration)



The external presentation of the EU Commission makes it difficult for the public to obtain sufficient information.

- ✓ The DStV recommends a fundamental revision of the homepage "[Governance and Monitoring of the Single Market](#)".

As of: 27.01.2025

The German Tax Consultants Association (DStV) is the umbrella organisation representing members of the tax advisory and auditing professions at a national and international level vis-à-vis politicians, the executive and other stakeholders. Its 15 member associations voluntarily bring together 36,500 tax consultants, tax agents, auditors, sworn accountants and professional firms, most of whom work in their own offices or partnerships.

The DStV is registered in the European Transparency Register under the number 845551111047-04.
